

AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.

7. April 2020  
7.2020

Kontaktverbote, Ausgangssperren, Home-Office, Schließung von Schulen und Geschäften: Die Maßnahmen sollen die Überlastung der Krankenhäuser verhindern. Die Corona-Pandemie trifft auf ein runtergewirtschaftetes Gesundheitssystem. Krankenhäuser wurden geschlossen oder privatisiert, Betten und Personal abgebaut. Erst im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung die Ausgaben für Gesundheit gekürzt – alle anderen Bereiche wurden aufgebaut, auch die Bundeswehr. Seit 1991 wurden 170 000 Krankenhausbetten abgebaut. Diese Betten fehlen jetzt! Nach den Plänen der Regierung werden sie in den Sporthallen und Hotels notdürftig eingerichtet werden!

Der Zwang zu Profit und Effizienz, die Finanzierung über »Fallpauschalen« bedeutet: Die Krankenhäuser haben keine Reserven, nicht genug Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, nicht genug Betten und Pflegekräfte. Stationen, die Gewinne erwirtschaftet haben, wurden aufgebaut: Hüft-OPs zum Beispiel. Was sich nicht rechnet, wurde geschlossen: z.B. Geburtsstationen. Jetzt hat die Bundesregierung einen »Schutzschirm« für die Krankenhäuser verabschiedet, aber der ist löchrig und sichert nicht vor der Pleite. Er verspricht Zulagen für freigemachte Betten und Intensivbetten – zu gering. Er beendet nicht die Abrechnung nach Fallpauschalen – und damit die Möglichkeit, Profite mit der Gesundheit zu erwirtschaften. Der Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern geht mitten in der Krise weiter. Die Leittragenden sind die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten.

### Das Gesundheitssystem krisenfest machen:

- Die Ausschüttung von Dividenden muss untersagt werden. Pflege- und Krankenhauskonzerne dürfen nicht an die Börse.
- Die Fallpauschalen müssen abgeschafft werden! Stattdessen müssen die Krankenhäuser ein Budget bekommen, das die tatsächlichen Kosten komplett abdeckt.
- Keine Profite mit der Gesundheit! Wenn Profite (wieder) verboten sind, werden Gesundheit und Pflege für private Konzerne uninteressant. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen in

Das Gesundheitssystem krisenfest machen!

# Keine Profite mit unserer Gesundheit!

öffentliche und gemeinnützige Hand überführt werden: Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe und muss öffentlich und gemeinnützig organisiert werden.

■ Schluss mit der 2-Klassen-Medizin! Wir brauchen eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle, auch Beamt\*innen, Manager, Selbstständige und Politiker\*innen, entsprechend ihrer Einkommen einzahlen.

■ Die Pflegeversicherung wird zu einer solidarischen Pflege-Voll-Versicherung umgebaut, die alle Bedarfe der Gepflegten abdeckt. Die Gepflegten und ihren Angehörigen müssen keine Eigenanteile mehr zahlen.

### Mehr Personal in der Pflege – besser bezahlt!

In den Krankenhäusern fehlen mehr als 100 000 Pflegekräfte. Schlimm für die Beschäftigten: Die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar und gesundheitsschädlich, hunderttausende haben den Beruf aufgegeben. Für alles fehlt Zeit, auch fürs Händewaschen. Schlimm für die Patient\*innen: Jedes Jahr sterben in deutschen Krankenhäusern ungefähr 18 000 Menschen an vermeidbaren Ursachen, etwa Krankenhauskeimen. Die Hälfte könnte mit mehr Personal noch leben. Das Sterbe-Risiko steigt mit jeder/m zusätzlichen Patient\*in, für die eine Pflegekraft zuständig ist, um 9 Prozent.

■ Alle Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – auch das Reinigungs- und Küchenpersonal – brauchen sofort eine Corona-Zulage von 500 Euro im Monat.

■ Die Grundgehälter in der Pflege müssen dauerhaft um 500 Euro im Monat angehoben werden. Diese Arbeit ist lebenswichtig und systemrelevant, sie muss auch so bezahlt werden.

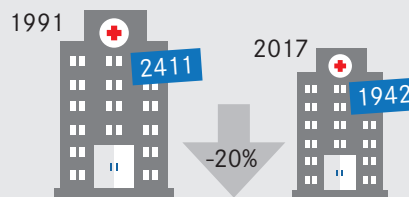
■ Alle Beschäftigten müssen vom Arbeitgeber mit Schutzkleidung und Schutzmasken ausgestattet werden!

■ Ein gesetzlicher Personalschlüssel (Personalbemessung) wird aufgestellt, der sich am tatsächlichen Bedarf in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bemisst.

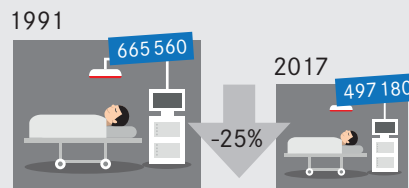
■ In den Gesundheitsämtern wurde in den vergangenen Jahren die Zahl der Ärzt\*innen um ein Drittel reduziert. Sie müssen ausreichend finanziert werden, damit sie ihre Aufgaben zum

Schutz der Bevölkerung übernehmen können – nicht nur in der Krise, auch im Normalbetrieb.

### Zahl der Kliniken in Deutschland



### Zahl der Krankenhausbetten



Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zweck des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Mehr Informationen unter:  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**